
ov - nachrichten

Ausgabe 13 / September 83



Sonderausgabe

Duisburger

Erklärung

der SPD NRW.

Wortlaut des durch den 7. ordentlichen Landesparteitag der SPD NRW in Duisburg, am 25.6.1983, beschlossenen Antrags des SPD Landesvorstands.

12. Duisburger Erklärung

Grundsatzerklärung der SPD-NRW 1983 im Wortlaut

Unsere Aufgabe

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen nach der Übernahme der Bundesregierung durch die Konservativen und nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 vor einer doppelten Aufgabe:

Verantwortung im Land

Wir tragen in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit die Regierungsverantwortung und sind die verantwortliche Kraft in vielen Städten und Gemeinden des Landes.

Gegenmacht im Bund

Wir sind gleichzeitig Teil der großen sozialdemokratischen Opposition, die in der Bundesrepublik gegen die Politik der konservativen Bundesregierung streitet.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen nehmen die Herausforderungen an, die mit beiden Aufgaben verbunden sind:

Wir wollen die sozialdemokratische Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen fortsetzen und ihre politische Stellung in den Städten und Gemeinden des Landes erhalten und ausbauen.

Wir wollen mithelfen, die konservative Bundesregierung so schnell wie möglich abzulösen.

Sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und Gemeinden gehört untrennbar zusammen. Konzeptionen sozialdemokratischer Politik, die allein die Bedingungen des Bundes, des Landes oder einer Gemeinde berücksichtigen, bleiben erfolglos. Sie werden für die Bürger letztlich widersprüchlich sein, und sie bieten den politischen Konkurrenten Angriffsflächen.

Unser Leitbild: Die Solidarische Gesellschaft

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten vor die Bürger mit einer politischen Konzeption, die am Leitbild der Solidarischen Gesellschaft orientiert ist.

Die Verwirklichung dieses Leitbildes wird angestrebt

1. unter den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen einer hochentwickelten Industriegesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts,
2. in ständiger Auseinandersetzung mit konservativer Staats- und Gesellschaftsauffassung,
3. mit einer Politik in Bund, Ländern

und Gemeinden, die den institutionellen und finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Ebenen politischen Handelns Rechnung trägt,

4. von einer Sozialdemokratie, die sich als Volkspartei begreift, die "aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes" (Godesberger Programm) geworden ist.

Die Politik für Nordrhein-Westfalen wird dabei von Problemen bestimmt, die es so in anderen Teilen der Bundesrepublik nicht gibt:

NRW: das große,
dichtbesiedelte
Industrieland

- a) Nordrhein-Westfalen ist ein dicht besiedeltes und stark industrialisiertes Land, in dem die Belastungen der Umwelt und die begrenzte Verfügbarkeit des Raumes besonders deutlich werden.
- b) Nordrhein-Westfalen ist geprägt durch alte Industrielandschaften. Die strukturellen Verwerfungen in alten Industrielandschaften bereiten in allen Industriestaaten Schwierigkeiten, die nur mit großen Anstrengungen gelöst werden können.
- c) Nordrhein-Westfalen trägt die Folgen unternehmerischer Kurzsichtigkeit und Fehlentscheidungen schrumpfender Branchen, besonders im Stahl- und Textilbereich.
- d) Nordrhein-Westfalen trägt für die gesamte Bundesrepublik die Last der Kohlevorrangpolitik - sowohl durch besondere Finanz- wie besondere Umweltbelastungen.
- e) Nordrhein-Westfalen mußte seit 1966 in wenigen Jahren jahrzehntelange Vernachlässigung seiner sozialen und kulturellen Infrastruktur aufholen. Das gilt besonders für das Bildungs- und Hochschulwesen und für die Freizeitbedingungen.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden auch in Zukunft deutlich sagen, was wir zur Bewältigung der besonderen Probleme unseres Landes geleistet haben und wie wir diese Politik fortsetzen werden.

Wir werden dazu Anfang 1984 auf einem außerordentlichen Landesparteitag ein Aktionsprogramm für die Jahre 1984/1985 sowie ein landes- und kommunalpolitisches Programm für die nächste Legislaturperiode vorlegen.

Programm für Landes-
und Kommunalpolitik

Dieses Programm wird deutlich machen:

Wohlstand und große Sicherheit

- a) die wesentlichen Aufgaben der Landespolitik und die für ihre Erfüllung verfügbaren finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten,
- b) die Abgrenzung der Aufgaben von Land und Gemeinden mit den entsprechenden finanzwirtschaftlichen Konsequenzen,
- c) die Teilverantwortung des Bundes für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Bei der Arbeit an diesem landes- und kommunalpolitischen Programm richten wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen uns nach den folgenden Grundsätzen.

1. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik am Ende des 20. Jahrhunderts
- 1.1 Grenzen des Wachstums in den westlichen Industriegesellschaften

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges zu einer hochentwickelten Industriegesellschaft geworden. Dabei ist in Nord- und Mitteleuropa ein Maß an Wohlstand erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat - Maßstäbe sind Lebensstandard, Vielfalt der Lebenschancen, Lebenserwartung. Gleichzeitig hat sich der Abstand des Wohlstandsniveaus zwischen Nord- und Mitteleuropa und anderen Teilen der Welt ständig vergrößert.

Unsere hochentwickelte Industriegesellschaft ist, zum ersten Male in der Geschichte, gekennzeichnet

von der Möglichkeit, jeden vor materieller Not zu schützen, von nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Technik, von einem hohen Maß allgemein zugänglicher Bildung und Information.

Das hohe Wohlstandsniveau wurde erreicht durch ein historisch einmaliges Wirtschaftswachstum nach Ende des 2. Weltkrieges. Im langfristigen historischen Vergleich wird sichtbar, daß die Beschleunigung des Wachstums in den 50er und 60er Jahren eine Ausnahmesituation darstellt. Allein in den 50er Jahren war der Anstieg des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung real doppelt so groß wie von 1800 bis 1950.

Für die Zukunft darf nicht mit einer derartigen Wachstumsentwicklung spekuliert werden.

Das bedeutet aber nicht, daß Wohlstand und Fortschritt gefährdet sein müssen. Angesichts des hohen Niveaus unserer wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten bereits geringe Prozentraten wirtschaftlichen Wachstums ein großes tatsächliches Mehr. 5 % Wirtschaftswachstum in den 50er Jahren ist so viel wie 1 % heute.

Das Abflachen der Wachstumsraten in den hochentwickelten Industriegesellschaften wurde offensichtlich beim gleichzeitigen Auftreten struktureller weltwirtschaftlicher Verwerfungen, insbesondere des Erdölshocks: 1973/74 stellt den eigentlichen Umbruch sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung der Nachkriegszeit der westlichen Industrieländer und damit auch der Bundesrepublik dar.

Es bedarf eines langen Lernprozesses, bis die hochentwickelten Industriegesellschaften diesen Umbruch verstehen. Dieser Lernprozeß ist noch nicht beendet. Wer aber weiterhin Wirtschaftswachstum als alleiniges Mittel zur sozialen Problemlösung ausgibt, ist ignorant oder er verbreitet Ideologie.

Mit den weltwirtschaftlichen Umbrüchen und der Beendigung der Wachstumsbeschleunigung der Nachkriegszeit kam es in den hochentwickelten Industriegesellschaften zu Beschäftigungskrisen mit steigender Arbeitslosigkeit. Die praktizierten wirtschaftspolitischen Strategien zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit versagten. Sie führten vielmehr zu Finanzkrisen in allen westlichen Industriestaaten. Gleichzeitig entstand weltwirtschaftlich eine Krise, die die Entwicklung der unterentwickelten Gesellschaften noch weiter zurückzuwerfen droht.

Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß Industriegesellschaften unfähig wären, die Beschäftigungskrise und die Finanzkrise zu bewältigen; sie sollten auch in der Lage sein, die Weltwirtschaftskrise zu meistern. Notwendig ist dazu allerdings eine verbesserte ökonomische und soziale Anpassungsfähigkeit an technische und wirtschaftliche Veränderungen.

Der mühsame Strukturwandel

Gefahren, die wir sehen

Den Fortschritt bewältigen

Technik und ihre Chancen

Die Welt ist kleiner geworden

1.2 Gefährdungen der Wohlstandsgesellschaft

Die Wohlstandsgesellschaften der hochentwickelten Industrieländer sind in ihrer Existenz gefährdet

- durch zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit,
- durch Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen,
- durch steigende Entwicklungsunterschiede zu den Ländern der Dritten Welt,
- durch den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West.

Alle diese Gefährdungen sind auch Folge der technischen Entwicklung. Die Menschen haben bisher nur unzulänglich das Verhältnis von Technik und Natur bewältigt. Die Gesellschaft wird nur schwer mit dem Tempo des technischen Fortschritts fertig.

Die technologische Entwicklung hat den Menschen schier unbegrenzte Möglichkeiten der individuellen und sozialen Entfaltung geschaffen, gleichzeitig aber Abgründe zu sozialen Katastrophen und zur Selbstvernichtung der Menschheit geöffnet.

- a) Technik bietet die Möglichkeit, immer mehr, immer neue und immer bessere wirtschaftliche Güter und Leistungen zu erstellen. Technik ersetzt dabei zunehmend menschliche Arbeitskraft.

Dies bietet die Chance, Arbeitsleid zu mindern und Arbeitszeit zu verkürzen. Dies birgt die Gefahr, daß nicht alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden. Eine Gesellschaft, die Arbeit, soziale Chancen und Einkommen auf immer weniger Menschen konzentriert, schafft Privilegien, schließt die Schwächeren vom Wohlstand aus.

- b) Technik hat Natur beherrschbar und viele natürliche Ressourcen für die Menschen nutzbar gemacht. Technik gefährdet nun aber zunehmend die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen.

- c) Technik hat weltweit Verkehrsverbindungen und Informationsaustausch möglich und damit die

Welt "kleiner" gemacht. Es ist aber nicht gelungen, die weltweiten Entwicklungsunterschiede zu verringern. Das Wissen um die unterschiedlichen Lebenschancen zwischen armen und reichen Völkern wird zu einer zunehmenden Gefahr für den Weltfrieden.

- d) Technik hat Waffensysteme möglich gemacht, mit denen die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte in der Lage ist, sich selbst zu vernichten.

2. Gegen konservative Politik

Das sozialdemokratische Leitbild der Solidarischen Gesellschaft steht gegen eine konservative Gesellschaftspolitik, die in der Bundesrepublik von CDU/CSU und einer wirtschaftskonservativ orientierten FDP vertreten wird.

- a) Konservative Gesellschaftspolitik ist vor allem gekennzeichnet durch

- die Verteidigung und den Ausbau der Privilegien der Starken zu Lasten der Schwachen,
- Umverteilung von unten nach oben unter dem ideologischen Deckmantel der Wirtschaftsbelebung.

Verteidigung und Ausbau nicht gerechtfertigter Privilegien werden deutlich

- in der Wiedererrichtung von Bildungsbarrieren in Schule, Hochschule und Ausbildungsförderung, z. B. durch Förderung einer "geistigen Elite" anstelle sozial gerechter und einkommensabhängiger Hilfe bei der Wahrnehmung von Bildungschancen;
- in der Förderung des Wohnungseigentums nach dem Motto: "Wer mehr verdient, bekommt auch mehr!";
- in der Senkung der Vermögenssteuer, unabhängig davon, was mit den Steuergeschenken geschieht;
- in den Angriffen auf die Mitbestimmung zur weiteren Stärkung der Kapitalseite in der Wirtschaft;

Konservative Politik für Privilegierte

Gegen eine Umverteilung von unten nach oben

Konservative belasten die Schwächeren

Gegen geistige Enge

- im Festhalten an der bisherigen Bodenordnung, die den Bodenbesitzenden ohne Arbeit Spekulationsgewinne erlaubt.

Konservative Umverteilungspolitik von unten nach oben unter dem ideologischen Deckmantel der Wirtschaftsbelebung zeigt sich in der einseitigen Begünstigung der Einkommensstarken zu Lasten der sozial Schwächeren und der Gemeinschaftsleistungen.

Auch ohne daß die weit überdurchschnittlich steigenden Unternehmereinkommen zu erkennbaren beschäftigungswirksamen Investitionen führen, setzen die Konservativen ihre einseitige Politik der Entlastung der Einkommensstarken fort. Während immer tiefere Schnitte im sozialen Netz angebracht werden, während die realen Einkommen der Arbeitnehmer seit Jahren zurückgehen, erhalten die Einkommensstarken von der konservativen Regierung eine Rückzahlungsgarantie bei der Zwangsanleihe. Allein über die Begünstigung der Investitionen soll die Beschäftigungskrise beseitigt werden.

Dies wird nicht gelingen, weil die Rezepte von gestern nicht geeignet sind, die Probleme von heute zu lösen.

Tatsächlich wird aber eine große Umverteilung zugunsten der Stärkeren eintreten. Konservative Gesellschaftspolitik nimmt es bewußt in Kauf, daß eine große Minderheit von der Teilhabe am Wohlstand ausgeschlossen bleibt und die Mehrheit Gefahr läuft, künftig ausgeschlossen zu werden, um die Einkommenserwartungen der konservativen Wählerkreise zu befriedigen.

b) Konservative Politik ist auch der Versuch, die liberale Öffnung unserer Gesellschaft und das Mehr an geistig-kultureller Freiheit rückgängig zu machen und in die formierte Gesellschaft der 50er und 60er Jahre zurückzukehren. Dieser Versuch zeigt sich nicht nur in den Forderungen nach "law and order" und in den Bestrebungen, liberale Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten zu beschneiden, sondern auch in der Absicht, das geistig kulturelle Leben in der Bundesrepublik einseitig einem konservativen Gesell-

schaftsverständnis unterzuordnen.

Konservative sprechen heute ungeeignet wieder von "entarteter Kunst", Konservative sind nicht in der Lage, literarische Freiheit und Kritik zu ertragen.

Nur eine Solidarische Gesellschaft wird die Kraft und Toleranz haben, die Gefährdung unserer Gesellschaft abzuwehren. Frieden im Innern durch soziale Gerechtigkeit, Liberalität und Mitmenschlichkeit sind die Voraussetzungen, um die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Das gilt nicht nur für die Gesellschaftspolitik.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, uns dem kritischen Protest gegen erstarrte Strukturen zu stellen. Demokratie ist eine kritische Staatsform und eine Staatsform der Kritik. Sozialdemokratische Kritik ist deshalb darauf ausgerichtet, die Ursachen für gesellschaftliche Konflikte zu beseitigen. Konservative verlangen statt dessen ein härteres Vorgehen des Staates. Das ist der falsche Weg. Nicht die Verschärfung gesetzlicher Vorschriften, wie des Demonstrationsrechts, und auch nicht die Massenverhaftungen nach Nürnberger Muster beseitigen die Ursachen für Konflikte und Proteste, sondern nur eine Politik der Reformen in allen Bereichen, in denen unsere Gesellschaft nicht in Ordnung ist.

- c) Konservative Politik der inneren Sicherheit droht die Diskussion über den Wandel der Werte und die praktischen Konsequenzen daraus im Keim zu ersticken.

In einem liberalen Staat muß eine Politik der inneren Sicherheit Raum für individuelle Entfaltung sichern und damit die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auf dem Boden der Rechtsordnung ermöglichen.

- d) Konservative Politik verschließt sich auch der Tatsache, daß eine erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft nur möglich ist, wenn sie in einer intakten Umwelt stattfindet.

Toleranz nicht abbauen

Kein Raubbau
an der Natur

Gerade die nordrhein-westfälischen Erfahrungen zeigen, daß die Zurückgewinnung ökologischer Ressourcen unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung struktureller Wirtschaftsprobleme ist. Konservative sind nicht bereit, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie werden eine erfolgreiche Umweltpolitik so lange verhindern, wie sie nicht zulassen, daß ein handlungsfähiger Staat in die Produktionsprozesse eingreift, wenn Leben und Gesundheit der Bürger durch Umweltschäden bedroht sind. Sie setzen auf das "freie Spiel der Kräfte" und verkennen, daß dabei der Raubbau an unserer Umwelt weitergeht, daß viele Pflanzen- und Tierarten unwiederbringlich verlorengehen, daß Giftkatastrophen wie Seveso oder Reaktorunfälle wie Harrisburg das Leben in den Industriegesellschaften nicht mehr lebenswert zu machen drohen. Jeder Mensch hat Anspruch auf gesunde Umwelt.

Um diesen Anspruch durchzusetzen, benötigen wir einen handlungsfähigen und tatkräftigen Staat, der in der Lage ist, Vorkehrungen zum Umweltschutz zu normieren und Verstöße zu ahnden. Konservative Politik versucht statt dessen, unter dem Schlagwort "Abbau von Bürokratie" dem Staat die Mittel zu nehmen, weitere Umweltzerstörung abzuwehren.

Hilfe an die Dritte Welt ist Selbsthilfe

- e) Dem sozialen Ausgleich im Innern muß die Bereitschaft nach außen entsprechen, auch die Länder der Dritten Welt an unserem Reichtum zu beteiligen und ihnen friedliche Entwicklungschancen zu eröffnen. Konservative Außenpolitik ist bereit, Unterdrückung und Abhängigkeit von Völkern hinzunehmen oder zu stabilisieren, z. B. in Nicaragua. Konservative Entwicklungspolitik knüpft Hilfen für die Dritte Welt an politisches Wohlverhalten.

Ein solches System der Interessensicherung wird nur kurzfristig erfolgreich sein; auf Dauer kann es eine weltweit friedliche und humane Entwicklung nicht gewährleisten.

Wir Sozialdemokraten sind be-

reit, auch nach außen Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt zu üben, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.

Die Konservativen werden nicht zum Abbau des Entwicklungsgefälles mit der Dritten Welt beitragen, solange sie die Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik nicht am Interesse des deutschen Volkes, sondern an dem der deutschen Wirtschaft orientieren und durch Waffenexporte kriegerische Auseinandersetzungen und damit die Verelendung der Dritten Welt fördern.

f) Die Konservativen sind unfähig, den Rüstungswettlauf zu beenden, solange sie nicht bereit sind, Rüstungsabbau rückhaltlos zum obersten Ziel einer Politik zu machen, die den Krieg als Mittel der Konfliktbereinigung ausschließt. Eine Überlebensgarantie für die Menschheit kann nur gegeben werden, wenn endlich tatsächliche Rüstungsreduzierung stattfindet. Nicht außenpolitisches Duckmäusertum, sondern beharrliches Ausnutzen aller Möglichkeiten und aller Wege, die Großmächte zu einem Abbau ihrer Vernichtungskapazitäten zu bewegen, kann die Bedrohung der Menschheit und die Verschleuderung wirtschaftlicher Ressourcen beenden.

Nur eine Welt, die auf Rüstung verzichtet, kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Armut und Not als Konfliktauslöser entfallen.

Die für Rüstung verschleuderten Milliarden allein würden bereits ausreichen, Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Rüstung macht den Frieden nicht sicherer.

Konservative Politik ist nicht in der Lage zu begreifen, daß Frieden nicht durch Drohung dauerhaft wird, sondern nur durch solidarisches Handeln und Verständigung.

3. Unsere Politik

Sozialdemokratische Politik will den Wohlstand unserer Gesellschaft bewahren und weiterentwickeln und die Gefährdungen unserer Gesellschaft abwehren.

Rüstungswettlauf
stoppen

Zusammenarbeit in
Solidarität

Für Entspannungspolitik

Vorausschauende Entwicklungshilfe

Wir Sozialdemokraten suchen dabei die Zusammenarbeit mit allen, deren politisches und soziales Wollen mit unserem Leitbild der solidarischen Gesellschaft vereinbar ist. Wir wenden uns deshalb an den einzelnen Bürger und an die gesellschaftlichen Gruppen, an Gewerkschaften, an Kirchen, an Verbände, Vereine und Initiativen von Bürgern.

Im Bund, in den Ländern und den Gemeinden sind unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen, aber nur eine in den Grundsätzen widerspruchsfreie sozialdemokratische Politik auf allen drei Ebenen wird den Problemen der ganzen Gesellschaft gerecht.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden uns deshalb auf der Grundlage der hier dargelegten Prinzipien in den Gemeinden, im Land und im Bund an der Willensbildung beteiligen und um aktive Gestaltungsmöglichkeiten bemühen:

Wir treten ein für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, die eine Nachrüstung auf deutschem Boden verhindert und Abrüstung möglich macht.

Wir setzen uns ein für eine Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik, die zu einer Verringerung des Entwicklungsgefälles zu den ärmeren Gesellschaften führt. Eine solche Politik ist auch Voraussetzung für die Lösung der Ausländerprobleme in unseren Städten. Nur wenn die Entwicklungschancen vor allem in den Mittelmeerländern verbessert werden, wird der Zuwanderungsdruck von Ausländern abnehmen, ihre Rückkehrbereitschaft zunehmen und damit die Integration der hier lebenden Ausländer erleichtert.

Wir Sozialdemokraten wissen bei der Konzipierung unserer Wirtschafts- und Umweltpolitik, daß diese zentralen Politikbereiche eng miteinander verflochten sind und die wirtschafts- und umweltpolitischen Probleme nur durch abgestimmtes Handeln von Bund, Land und Gemeinden gelöst werden können.

Wir Sozialdemokraten sehen in den vielfältigen gesellschaftlichen Initiativen eine Chance zur menschlichen und solidarischen Weiterentwicklung der Gesell-

schaft. Für uns ist die Demokratie nicht nur eine Organisationsform des Staates, sondern ein Gebot zur verantwortlichen Mitbeteiligung und Mitentscheidung der Bürger auch an gesellschaftlichen Prozessen.

Deshalb begrüßen wir es, daß Menschen sich nicht länger mit "Systemkritik" begnügen und auf Reformen "von oben" warten, sondern aus eigenem Antrieb neue Gedanken des menschlichen Zusammenlebens verwirklichen wollen. Der Protest gegen nicht legitimierte Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft und das Streben nach einer anderen, "alternativen" besseren Gesellschaft sind nach wie vor treibende Kräfte sozialdemokratischer Politik.

Bürgerschaftliches Engagement stößt häufig an Grenzen, die durch das politisch-administrative System vorgegeben sind. Regelungsdichte und Überbürokratisierung werden zunehmend als Einengung der Freiheitsrechte empfunden.

Patentrezepte zur Lösung des "Bürokratieproblems" gibt es nicht. Die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates, des Föderalismus, des Sozialstaates, der Selbstverwaltung und des Meinungspluralismus versagen sich schnellen und einfachen Lösungen. Diese wären nur in einer Diktatur möglich. Nur viele kleine Schritte können den Bürokratiekonflikt mindern.

Wir Sozialdemokraten stehen dafür ein, diese Schritte zu gehen, um ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit zu verwirklichen, ohne daß Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich in unserer Gesellschaft Schaden nehmen.

3.1 Unser Ziel: Solidarität in der Wohlstandsgesellschaft

Wir haben ein solches Maß an Wohlstand erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Sozialdemokraten wollen das bewahren und weiterentwickeln. Wir haben die Möglichkeit, für jeden materielle Not abzuwehren. Sozialdemokraten wollen diese Möglichkeit politisch verwirklichen - orientiert am Leitbild der Solidarischen Gesellschaft.

Mitbeteiligung
der Menschen

Weniger Bürokratie

Schwächere sollen am
Wohlstand teilnehmen

Wohlstand wird erarbeitet durch die Leistung vieler. Solidarität wird erreicht, wenn auch die Schwächeren am Wohlstand teilhaben.

In jeder Gesellschaft wird das Ergebnis des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, also das Ergebnis der Arbeitsleistung vieler, verteilt.

Rund 60 % der Bevölkerung der Bundesrepublik nehmen nicht am Erwerbsleben teil. Die einen, weil sie nicht können - Kinder, Alte, Kranke; die anderen, weil sie keine Chance erhalten - aus dem Erwerbsleben ferngehaltene Frauen und Arbeitslose.

Arbeit für alle

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden, und wir wollen eine Gesellschaft, die Heranwachsende, Alte und Kranke nicht von der Wohlstandsentwicklung ausschließt.

Weiterentwicklung der Wohlstandsgesellschaft sowie gerechte Verteilung von sozialen Chancen, Einkommen und sozialer Sicherheit gehören in einer Solidarischen Gesellschaft untrennbar zusammen.

Arbeitszeitverkürzung

a) Arbeitslosigkeit wird nur beseitigt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen für alle aufgeteilt wird, die Arbeit suchen. Ohne eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ist die Vollbeschäftigung nicht zu erreichen.

Den Jüngeren eine Chance

b) Junge Menschen stehen heute vielfach vor den Toren einer geschlossenen Gesellschaft. Ihnen muß optimale Ausbildung gegeben, der Eintritt in das Arbeitsleben als Arbeitnehmer oder als Selbständiger geöffnet und auch der Zugang zu alternativen Arbeits- und Lebensweisen ermöglicht werden.

Gleiche Bedingungen für Mann und Frau

c) Frauen und Männer müssen die gleichen Chancen der Lebensgestaltung im Arbeitsleben wie in nicht vorrangig ökonomischen Sozialbereichen, vor allem der Familie, haben. Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung der Frau sind deshalb Ziele, die gemeinsam durch Arbeitszeitverkürzung anzustreben sind.

Sicherheit im Alter

d) Alte Menschen müssen nach Beendigung ihrer Lebensarbeitszeit

am sozialen Leben ohne wirtschaftliche Not teilnehmen können.

Wir brauchen ein gesichertes, in sich gerechtes System der finanziellen Altersversorgung; wir brauchen auch soziale Aufgaben für die Älteren in unserer Gesellschaft. Die Größe dieser Aufgabe ist historisch erstmalig. Niemals lag die Lebenserwartung so hoch wie heute. Von 1900 bis heute hat sich auch dadurch der Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung verdreifacht.

e) Die Leistung des einzelnen und die mit Leistung verbundenen sozialen Chancen können durch Krankheit vernichtet werden. Deshalb sind medizinische Vorsorge und Versorgung als soziales Angebot für jeden zur Erhaltung und Wiedergewinnung von Leistungsfähigkeit sowie die Versorgung dauerhaft Kranker in einer solidarischen Gesellschaft unverzichtbar.

f) In einer solidarischen Gesellschaft müssen auch die Rechte und die sozialen Chancen der hier lebenden Ausländer gesichert werden.

Bei Krankheit geschützt

Rechte der Ausländer

3.2 Die Handlungsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden

Bund, Länder und Gemeinden sind politisch nur handlungsfähig, wenn sie selbständige Zuständigkeiten und zu ihrer Erfüllung angemessene Kompetenzen zur Normsetzung und einen angemessenen Anteil an den finanzwirtschaftlichen Mitteln der öffentlichen Hände haben.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für einen Abbau von Politikverflechtungen ein und wenden uns gegen die gemeindefeindliche Steuerpolitik der konservativen Bundesregierung.

Bund, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam die Finanzkrise bewältigen, die alle westlichen Industriestaaten seit dem Umbruch von 1973/1974 betroffen hat.

Bewältigung dieser Finanzkrise bedeutet die langfristige Anpassung der öffentlichen Haushalte an die Einnahmemöglichkeiten einer langsamer wachsenden Wirtschaft.

Gegen
Gemeindefeindlichkeit
der Bundesregierung

Solide Haushaltspolitik

Steuersenkungen und kreditfinanzierte Nachfrageprogramme haben das Wirtschaftswachstum in den letzten zehn Jahren nicht auf die unrealistischen Zielgrößen von vier und mehr Prozent gebracht - nur dann aber wären die derzeitigen Haushaltslücken vermeidbar gewesen. In den kommenden zehn Jahren müssen diese Haushaltslücken bei realistischen Wachstumserwartungen von sicher nicht mehr als 2,5 % - das ist die Projektion des Finanzplanungsrates vom April 1983 - kontinuierlich abgebaut werden, ohne soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen und ohne wesentliche Politikfelder vertrocknen zu lassen.

- a) Für unsere Haltung zur Haushaltspolitik der konservativen Bundesregierung bedeutet das:

Steuersenkungen widersprechen dem Ziel, die Finanzkrise zu bewältigen.

Steuersenkungen zu Lasten der Haushalte von Ländern und Gemeinden gefährden deren Handlungsfähigkeit und damit die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung. Wenn die Konservativen im Bundestag und in der Bundesregierung Steuersenkungen oder Konsolidierung des Bundeshaushalts zu Lasten der Einnahmen von Ländern und Gemeinden beschließen, rütteln sie an den Verfassungsprinzipien des demokratischen und sozialen Bundesstaates (Art. 20 GG) und der gemeindlichen Selbstverwaltung (Art. 28 II GG).

Sozial Schwache brauchen Unterstützung

Ausgabenkürzungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der sozial Schwachen erfolgen. Ausgabenkürzungen im Sozialbereich sind gegen Einnahmeverbesserungen im Steuerbereich zu Lasten Einkommensstärkerer abzuwägen.

Bei seiner Ausgabengestaltung muß der Bund Sonderbelastungen einzelner Länder berücksichtigen. Dies gilt für Nordrhein-Westfalen bei der Sicherung einer Kohle- und Stahlbasis im gesamtstaatlichen Interesse.

Unser 10-Jahres-Plan

- b) Für die Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Gemeinden bedeutet das:

Das Land setzt sich als Zeithorizont seiner Konsolidierungspoli-

tik einen Zehnjahreszeitraum. Bis dahin soll das strukturelle Defizit beendet sein.

Kürzere zeitliche Konsolidierungsziele müßten zur Austrocknung wesentlicher Politikfelder, zu Beschäftigungseinbußen und zur Verletzung sozialer Ziele führen.

Das Land geht bei seiner Konsolidierungspolitik von einer durchschnittlichen Wachstumsrate von real 1 - 2 % in den nächsten zehn Jahren aus. Dies ist gegenüber den Annahmen des Finanzplanungsrates eine vorsichtige Schätzung.

Das Land bemüht sich bei seiner Konsolidierungspolitik, den Anteil der Investitionen und der Zuweisungen an die Gemeinden am Landeshaushalt möglichst hochzuhalten. Für die Investitionen bedeutet dies, daß der Stand des Landeshaushalts 1983 im Konsolidierungszeitraum gehalten werden soll. Ausweitungen sind mit dem Konsolidierungsziel schwer zu vereinbaren, Kürzungen würden dem Wachstumsziel zuwiderlaufen.

Diese Konsolidierungsstrategie soll in eine zuverlässige mittelfristige Finanzplanung eingebracht werden, die jährlich fortgeschrieben wird.

Mit einer solchen Finanz- und Haushaltsstrategie werden wir Sozialdemokraten zeigen, daß wir unsere finanzpolitische Handlungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen bewahren und auch unter veränderten ökonomischen Bedingungen eine mittelfristig planvolle Politik fortführen, wie sie im Nordrhein-Westfalen-Programm '75 angelegt war.

3.3 Prinzipien sozialdemokratischer Wirtschafts- und Umweltpolitik

- a) Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen zielt ab auf realistische Wohlstandssteigerung und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.

Voraussetzungen einer solchen Wirtschaftspolitik sind

- Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die optimale Ausbildungsmöglichkeiten haben und

Realistische
Perspektive

Gute Ausbildung

Zusammenarbeit in einem Beschäftigungspakt

Mutige Unternehmer

Starke Gewerkschaften

deren Leistung gerecht entlohnt wird,

- funktionsfähige Unternehmen,
- starke Gewerkschaften,
- ein planvoll handelndes Land und planvoll handelnde Kommunen.

Das Zusammenwirken dieser am Wirtschaftsprozeß Beteiligten erfolgt für uns Sozialdemokraten nach dem Leitgedanken: "Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig!". Daraus ergibt sich:

Die Koordination zwischen Unternehmen erfolgt über den Markt,

die Koordination zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern durch Tarifautonomie,

die Koordination zwischen Staat bzw. Kommunen und Unternehmen durch langfristig festgelegte finanzielle und normative Rahmenbedingungen,

die Koordination zwischen staatlichen und kommunalen Institutionen untereinander durch mindestens mittelfristige Planung.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten ein:

für eine optimale allgemeine und berufliche Ausbildung der Arbeitnehmer einschließlich der Möglichkeit zur Weiterbildung und zum Bildungsurlaub; an der beruflichen Ausbildung müssen sich alle ausbildungsfähigen Unternehmen beteiligen;

für funktionsfähige Unternehmen, deren Tätigkeit, dort wo sie besondere Risiken tragen, im Steuersystem zu berücksichtigen ist; z. B. Vorteile für nicht ausgeschüttete Gewinne, steuerliche Förderung von Innovationen;

für starke Gewerkschaften, deren neue große Herausforderung es ist, zur Sicherung der Vollbeschäftigung durch tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzungen beizutragen; dazu ist ein Ausbau ihrer gesellschaftlichen Position auch durch verbesserte Mitbestimmung nötig;

für ein planvoll handelndes Land Nordrhein-Westfalen und planvoll handelnde Gemeinden; ihre gemeinsamen Aufgaben und Möglichkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind:

Garantie der beruflichen Ausbildung für alle Jugendlichen;

wenn die Unternehmen versagen, muß das Berufsschulsystem subsidiär an ihre Stelle treten;

Bereitstellung und Sicherung der Infrastruktur;

ein umweltgerechtes Angebot an Gewerbeflächen;

eine Förderung von umweltgerechten Forschungs-, Technologie- und Innovationsvorhaben zur Modernisierung der Wirtschaft, umweltgerechte Standortsicherung bzw. Standortverlagerung und gezielte Förderung von Existenzgründungen. Dabei müssen kleinere und mittlere Unternehmen besonders berücksichtigt werden.

- b) Nirgendwo ist Umweltschutz wichtiger als in einer dicht besiedelten Industrielandschaft wie Nordrhein-Westfalen.

Hier wird aber auch deutlich: Bei vernachlässigtem Umweltschutz wird die Wirtschaftsentwicklung gefährdet, bei hoher Arbeitslosigkeit geht das soziale Engagement für Umweltschutz verloren.

Denn eine erfolgreiche Umweltpolitik setzt voraus:

einen handlungsfähigen Staat, der Vorkehrungen zum Umweltschutz normieren und Verstöße ahnden kann,

umweltbewußte Bürger,

sozialverantwortlich und umweltverantwortlich handelnde Unternehmen.

Schwerpunkte der Umweltpolitik sind:

- a) Verminderung der Emissionen und entsprechende Entlastung von Luft, Wasser und Boden, z. B. durch ein Schwefelabgabegesetz, bleifreies Benzin, Waldpfennig;

Umweltschutz ist unsere Lebensversicherung

Abbau der Schadstoffe

zur Landtagswahl 1980 so formuliert:

"Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung, für Sicherheit aller Bürger.

Leistung und dauerndes Ziel der Sozialdemokratie ist es, den Kampf für soziale Rechte und den Kampf für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Das eine ist ohne das andere wirkungslos.

Sozialdemokraten erfüllen diese doppelte Aufgabe. Sie vertreten gleichermaßen die Interessen der arbeitenden Menschen an mehr sozialen Rechten und am Abbau von Privilegien wie die Interessen aller Menschen, die geistige Freiheit in einer offenen Gesellschaft wollen.

Bündnis der Vernunft

Dieses Bündnis der Vernunft ist die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratie".

Wir Sozialdemokraten weisen den Anspruch der Konservativen, die Mitte zu repräsentieren, zurück. Dieser Anspruch der Konservativen ist der Versuch, den Charakter der SPD als Volkspartei in Frage zu stellen. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden diesen Versuch scheitern lassen.